

# Nordost-Indien im Schlaglicht

In Kooperation mit dem North East India Forum | [www.asienhaus.de/neif](http://www.asienhaus.de/neif)

## Corona-Pandemie

Lockdown-Maßnahmen schwächen in ganz Nordostindien Liefer- und Verkaufsketten sowie den Transportsektor. Davon sind besonders Landwirte betroffen. Gemüse verdirbt auf den Feldern und viele Bauernfamilien verarmen. Die in Nordostindien stationierten Armeeinghörigen tragen zur Verbreitung des Corona-Virus mit bei. Die Regierung Mizorams hat sich bei der Unionsregierung darüber beschwert, dass sich Armeeinghörige bei der Einreise nach Mizoram dem gesetzlich vorgeschriebenen Corona-Test mehrfach entzogen hätten. Knapp die Hälfte der in Arunachal Pradesh positiv Getesteten sind dort stationierte Armeeinghörige. Die Regierung dieses Bundesstaates bemüht sich, mehr Tests durchzuführen.

## Frauen- und Genderrechte

In Meghalaya sind seit April mindestens 61 schwangere Frauen und 877 Neugeborene gestorben. Vielen wurde aufgrund der Corona-Pandemie die Aufnahme in Krankhäuser verweigert. Die *National Commission for Women* hat deswegen den Staatssekretär beim Ministerpräsidenten des Bundesstaates Meghalaya um schnelle Aufklärung der Hintergründe gebeten.

In Manipur hat der Ministerpräsident N. Biren Singh zwei verfahrensgekürzte (*Fast-Track*) Sondergerichte zur schnelleren Bearbeitung von Fällen von Vergewaltigung und zum Schutz von Kindern vor Sexualdelikten eingerichtet. Mehr als 900 Fälle von Verbrechen gegen Frauen wurden in den vergangenen dreieinhalb Jahren in Manipur registriert.

Die 27-jährige Beoncy Laishram aus Manipur ist die erste Transgender-Ärztin aus dem gesamten Nordosten Indiens und arbeitet mit bei der Bekämpfung der Corona-Epidemie. Sie wird als Symbol der Hoffnung für die stark marginalisierte *Nupi Maanbi (transwoman) Community* gefeiert.

## National Register of Citizens und Haftzentren

Der Minister für Verkehr, Industrie und Handel in Assam, Chandra Mohan Patow, informierte,

dass zum 31. Juli 2020 insgesamt 425 Menschen in sechs Haftanstalten in Assam einsitzen, die 2019 im Zuge des nationalen Staatsbürgerschaftsregisters (*National Register of Citizens - NRC*) als illegale Einwanderer/-innen (*foreigners*) deklariert wurden. Mindestens 377 Menschen wurden aufgrund eines Erlasses des Supreme Court entlassen. Zwischen März und Juli 2020 wurden 227 Menschen deportiert. Diese sogenannten *Foreigners* können beim staatlichen *Foreigner's Tribunal* Widerspruch gegen die NRC-Entscheidung einlegen und versuchen, mit neuen Dokumenten zu beweisen, dass sie keine illegalen Einwanderer/-innen sind. Das *Foreigners' Tribunal* gewährt aber eine nur sehr kurze Zeit zur Einreichung neuer Dokumente. Viele Familien befinden sich durch die schweren Überschwemmungen und die große Arbeitslosigkeit aufgrund der Corona-Pandemie ohnehin in einem Überlebenskampf und können die hohen Kosten der Beschaffung neuer Dokumente nicht bezahlen.

## Naga-Friedensprozess

Die 2015 begonnenen und aktuell fortlaufenden Friedensgespräche zwischen der Naga-Rebellengruppe *National Socialist Council of Nagaland (Isak-Muivah)* (NSCN-IM) und der Unionsregierung haben den sogenannten *Naga Peace Process* in Gang gesetzt. Grundlage der Verhandlungen ist ein bis jetzt nicht veröffentlichtes Rahmenabkommen der Verhandlungspartner. Einige Beobachter/-innen behaupten, dass die Verhandlungen nur erfolgreich beendet werden können, wenn die Zusammensetzung der beiden Delegationen, der Unionsregierung und der Naga-Gemeinschaften, erweitert und politisch aufgewertet werden. Alle wichtigen Naga-Organisationen sollten vertreten sein und nicht nur einige wenige. In Manipur, Assam und Arunachal Pradesh befürchten außerdem einige Gruppierungen, dass diese Verhandlungen auch die Forderung des NSCN-IM umfasse, Gebiete dieser drei Staaten, in denen größtenteils Naga-Gemeinschaften leben, abzutrennen und dem Bundesstaat Nagaland anzugliedern. Die Regierung Manipurs hat die Unionsregierung wiederholt gebeten, sie über die Ziele und In-

halte des *Naga Peace Process* zu informieren. Eine der einflussreichsten politischen Gruppierungen der in Manipur lebenden Kuki-Gemeinschaften, die *Kuki Inpi Manipur* (KIM), hat die Unionsregierung aufgefordert, in dem Naga-Friedensprozess die Interessen und Rechte dieser Gemeinschaften zu respektieren. Auch die *All Arunachal Pradesh Students' Union* (AAPSU) richtete sich an die Unionsregierung, keinerlei territoriale Zugeständnisse zu machen. Die von Naga-Gemeinschaften gebildete, politische Gruppierung *Tirap Changlang Longding People's Forum* (TCLPeF) forderte alle Beteiligten des *Naga Peace Process* auf, schnell zu einer Einigung zu kommen. Die TCLPeF umfasst die beiden Gebieten Tirap Changlang und Longding in Arunachal Pradesh. Nur eine rasche Einigung würde die Möglichkeit bieten, die Geltung des Sondergesetzes *Armed Forces Special Powers Act* (AFSPA) in diesen Gebieten zu beenden. Der AFSPA verhindere jede sozio-ökonomische Entwicklung. Neben dem *Naga Peace Process* werden auch Verhandlungen zwischen der Unionsregierung und zwei Kuki-Rebellengruppen geführt.

Die Regierung Mizorams hat sich mehrfach beim Unionsinnenminister über die in Mizoram stationierten paramilitärischen *Assam Rifles* beschwert, die diesem Ministerium unterstellt sind. Sie würden sich Rechte anmaßen, die sonst nur in Gebieten gültig seien, in denen AFSPA in Kraft sei. Dies aber sei in Mizoram genau nicht der Fall.

### Umweltschutz

Ein Entwurf der indischen Unionsregierung zur Veränderung der Umweltverträglichkeitsprüfung (*Environment Impact Assessment - EIA*) – und mithin Senkung umweltschutzpolitischer Standards – hat öffentliche Kritik ausgelöst. Das EIA ermittelt die zukünftigen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen eines geplanten Projekts. Die bisherige Fassung des EIA beinhaltete auch die Beteiligung und Konsultation der von einem Projekt betroffenen Menschen. Im Entwurf entfällt hingegen diese Auflage zur Beteiligung. Auch für den Nordosten hätte eine Verabschiedung des Entwurfs sehr negative Auswirkungen. Die *All Arunachal Students' Union* (AAPSU) kritisierte den Entwurf in einem Schreiben an den Staatssekretär des

indischen Ministeriums für Umwelt, Wald und Klimawandel (MoEFCC). Tobom Dai, Generalsekretär der AAPSU, stellte fest, dass eine Verabschiedung des Entwurfs für Arunachal Pradesh und den gesamten Nordosten „katastrophale“ Folgen hätte.

Ende Juli 2020 forderte Premierminister Narendra Modi die Bauern in den acht Bundesstaaten im Nordosten auf, im Rahmen der Kampagne für ein selbstversorgendes Indien (*Atmanirbhar Bharat - Self-Reliant India Campaign*) Palmölplantagen anzulegen. Dies soll die Abhängigkeit Indiens von importierten Speiseölen verringern. Umweltschützer/-innen lehnen den staatlich geförderten Aufbau dieser Plantagen wegen ihrer negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen ab. In Assam gefährdet die Abholzung von Wäldern in manchen Gebieten die Qualität des Grundwassers.

### Indisch-chinesische Beziehungen

Avinahs Paliwal vom Londoner *South Asia Institute* (SOAS) beschreibt in seiner Analyse zum indisch-chinesischen Konflikt die historischen Hintergründe und die bemerkenswert geringe Unterstützung verschiedener nordostindischer Rebellengruppen durch die VR China. Die durchaus vorhandene Unterstützung werde von Beobachtern in Indien sehr überschätzt. Allerdings gewähre China einzelnen Rebellenführern langjährige Aufenthalte in der südwestchinesischen Provinz Yunnan. Diese Rebellen würden etwa die meisten ihrer Waffen aus dem Gebiet des Goldenen Dreiecks beziehen, das aber primär nicht von China kontrolliert wird – siehe Avinash Paliwal: *Is China Behind a Recent Insurgent Attack in India's Northeast?* In: *The Diplomat*, 1. September 2020, und *China's Insurgency Card in India's Northeast Is Overhyped*, in: *The Diplomat*, 3. September 2020.

Die militärischen Spannungen an der umstrittenen indisch-chinesischen Grenze sind weiterhin akut und wirken sich auf die Grenzregionen im Nordosten Indiens aus. Anfang August 2020 verschwanden fünf Männer aus Arunachal Pradesh im Grenzgebiet zu Tibet (China). Die chinesische Volksbefreiungsarmee bestätigte später, dass die fünf Männer an der Grenze zum Upper Subansiri Distrikt aufgegriffen und im September an Indien überstellt wurden.